

Antrag: C1  
Antragsteller: UBV

## Betreff: Finanz- und Wirtschaftskrise bekämpfen

Die Ursachen der Finanzkrise sind vielschichtig und ihre Auswirkungen auf die Realwirtschaft bis heute nicht absehbar. Fest steht, dass Deutschland aufgrund seiner Exportabhängigkeit sehr viel stärker getroffen werden kann als andere Länder. Umso wichtiger ist es, sehr frühzeitig sehr umfassende Maßnahmen zu ergreifen, um vor allem diejenigen Wirtschaftsbereiche zu stützen, in denen viele Arbeitsplätze gefährdet sind. Denn es kann nicht sein, dass die Verursacher der Krise – die Großkapitalisten – ungeschoren davon kommen während die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für den Schaden allein aufkommen müssen.

Der Unterbezirk Frankfurt am Main fordert daher die SPD Bundestagsfraktion auf, sich bei der Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise an den folgenden Grundsätzen zu orientieren:

### **1. Keine Sozialisierung der Verluste, sondern Anwendung des Verursacherprinzips**

Grundsätzlich muss gelten, dass diejenigen, die in den letzten Jahren von den riskanten Finanzgeschäften profitiert haben, nun auch das Risiko tragen müssen, für das sie ihre Rendite erhalten haben.

- Deshalb fordert die Frankfurter SPD die mehrheitliche Beteiligung der Großaktionäre an den Kosten der Beseitigung der Verluste, z.B. durch firmenbezogene Bad Banks, die mehrheitlich von den Großaktionären finanziert werden. Der Unterbezirk Frankfurt begrüßt es, dass Peer Steinbrück der Einrichtung von rein steuerfinanzierten Bad Banks eine klare Absage erteilt hat.
- Der Unterbezirk Frankfurt lehnt eine Enteignung von Banken ab, die lediglich auf eine Verlustübernahme durch den Staat ausgerichtet ist. Sofern eine Verstaatlichung vorgenommen wird, muss sie auf jeden Fall so lange dauern, bis aus den zurückfließenden Gewinnen die Kosten der Sanierung amortisiert worden sind.
- Wenn einem Unternehmen durch den Kauf von Anteilen oder Aktien geholfen werden soll, müssen diese mit dem vollen Stimmrecht ausgestattet sein, um den Einfluss der öffentlichen Hand zu gewährleisten.
- Um in Zukunft solch weit reichende Fehlentscheidungen des Managements zu vermeiden, müssen die Vergütungssysteme so umgestaltet werden, dass sie sich an der langfristigen Unternehmensentwicklung orientieren. Die steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern ist zu begrenzen.

## **2. Re-Regulierung der Finanzmärkte**

Der Unterbezirk Frankfurt fordert, die „Reform“ der Gewinnbesteuerung wieder rückgängig zu machen:

- Ausgeschüttete Gewinne müssen deutlich höher besteuert werden, als einbehaltene Gewinne, die in die Substanz des Unternehmens investiert werden.
- Die steuerliche Freistellung von Gewinnen aus Unternehmensverkäufen hat der Zerschlagung von erfolgreichen Unternehmen Tür und Tor geöffnet. Dieser Ausverkauf muss gestoppt werden.
- Die Zerschlagung von erfolgreichen Unternehmen durch Hedge-Fonds ist ruinös für die Wirtschaft und schädlich für unsere Gesellschaft. Dieser Machtmissbrauch muss – auch auf internationaler Ebene - mit der vollen Härte des Gesetzes bekämpft werden.
- Der Unterbezirk Frankfurt fordert die Bundesregierung auf, gemeinsam mit anderen Staaten wirksame Regeln für die globalisierten Finanzmärkte durchzusetzen und eine effektive, international legitimierte Bankenaufsicht einzurichten.
- Der Unterbezirk Frankfurt fordert außerdem, den Handel von risikobehafteten Finanzprodukten zu überprüfen mit dem Ziel, Leerverkäufe und hochriskante Wettprodukte zu verbieten.
- Unternehmen müssen gesetzlich verpflichtet werden, einen Mindestanteil ihrer Finanzinvestitionen in den Büchern auszuweisen (Selbstbehalt). Geschäfte außerhalb der Bilanz müssen zukünftig national und weltweit verboten sein.
- Unverzichtbar sind außerdem eine generelle Ausweitung der Bilanzierungspflichten sowie eine stärkere Eigenkapitalrücklage der Finanzinstitute.
- Der Unterbezirk fordert weiterhin, die Rating-Agenturen zu überprüfen und zu echten Verbraucherschutz-Agenturen umzubauen (Finanz-TÜV).

Die SPD Frankfurt tritt für eine stärkere Regulierung des Bankensektors ein, um eine Wiederholung der gemachten Fehler zu vermeiden.

## **3. Keine Finanzierung der Rettungsschirme auf Kosten kleiner Steuerzahler**

Der Unterbezirk Frankfurt fordert die Bundesregierung auf, eine gesamtgesellschaftliche Risikoanalyse über das Ausmaß des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schadens in Auftrag zu geben, um geeignete Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Zur Beseitigung der Folgen der Finanzkrise wird öffentliches Geld nötig sein, das nicht an anderer Stelle eingespart werden kann. Dies erfordert einen anderen Umgang mit der Haushaltskonsolidierung:

- Der Unterbezirk hält es grundsätzlich für richtig, dass kommenden Generationen nicht unverhältnismäßig hohe Schuldenlasten aufgebürdet werden. Daher sind eine Begren-

zung der Nettoneuverschulung sowie der Schuldenabbau in wirtschaftlich guten Zeiten sinnvoll.

- In Krisenzeiten muss allerdings auch zukünftig eine Ausdehnung von öffentlicher Verschuldung im Sinne einer antizyklischen Konjunkturpolitik möglich sein. Die SPD Frankfurt spricht sich daher gegen eine generelle Begrenzung der Verschuldung und gegen die Festlegung einer solchen Grenze im Grundgesetz und in den Landesverfassungen aus.

Zur Finanzierung der Krisenbekämpfung, sind auch dauerhafte Einnahmeverbesserungen auf Seiten des Staates notwendig, die von breiten Schultern getragen werden müssen. Dazu sind die bisher vernachlässigten Maßnahmen heran zu ziehen wie die

- Rückkehr zu den früheren Spitzensteuersätzen von mindestens 48,5% bei der Einkommenssteuer (betr. weniger als 6% der Einkommen).
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer von 2% ab 500.000,- Euro (unter Freistellung von selbst genutztem Wohneigentum).
- Novellierung der Novellierung der Erbschaftssteuer mit dem Ziel einer Anhebung des Steueraufkommens.
- Einführung einer Transaktionssteuer auf alle Finanztransaktionen von Wertpapieren und Devisen mit einem Steuersatz von 0,01% pro Transaktion.
- Alternativ ist auch die von Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück vorgeschlagene Börsenumsatzsteuer denkbar.
- Erhöhung der Abgeltungssteuer für Kapitaleinkünfte auf 35% (analog dem Steuersatz in der Schweiz)
- intensivere Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und der Steuerhinterziehung
- Bekämpfung der Steuerflucht und stärkere internationale Zusammenarbeit bei der Eindämmung von Steueroasen.

#### **4. Rettungsschirm für Arbeitsplätze und Stärkung der Arbeitnehmerrechte**

Der Unterbezirk Frankfurt begrüßt das in dem Konjunkturpaket II enthaltene Bürgschafts- und Kreditprogramm für kleine und mittlere Unternehmen. Er fordert die Bundesregierung auf, das Programm noch auszuweiten, um vor allem mehr Klein- und Kleinstunternehmen, die unverschuldet in die Krise geraten sind, helfen zu können. Hierzu müssen auch bürokratische Hürden abgebaut werden.

Der Unterbezirk Frankfurt fordert die Bundesregierung auf, grundsätzlich die Vergabe von staatlichen Finanzhilfen an folgende Bedingungen zu knüpfen:

1. Mitbestimmung: Vorhandensein von gewählten Arbeitnehmervertretungen und einer etablierten Mitbestimmung in den Aufsichtsräten und deren Ausschüssen

2. Verschärfter Kündigungsschutz: Ausschluss betriebsbedingte Kündigungen; in Ausnahmefällen möglich nach Zustimmung der zuständigen DGB-Gewerkschaften
3. Tariftreue: Entlohnung der Beschäftigten nach den Tarifverträgen der zuständigen DGB-Gewerkschaften und Einhaltung der weiteren Tarifbedingungen
4. Rückführung von Zeitarbeitsverhältnissen, Minijobs und befristeter Beschäftigung in reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse.

Die Bundesregierung wird außerdem aufgefordert, eine gesetzliche Verankerung der o.g. Bedingungen zu prüfen, da sie nicht nur für Unternehmen gelten soll, die staatliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Der Unterbezirk Frankfurt fordert darüber hinaus alle Gliederungen der SPD und alle SPD-Fraktionen auf, sich öffentlich an die Seite der Gewerkschaften zu stellen und ihre Forderungen zu unterstützen.

## **5. Ausweitung der Konjunkturprogramme**

Der SPD-Unterbezirk Frankfurt begrüßt die Hilfen zur Sicherung von Arbeitsplätzen, die in den beiden Konjunkturpaketen der Bundesregierung enthalten sind, wie die Erhöhung des Kindergeldes, den Familienbonus von 100 Euro pro Kind, das Schulbedarfspaket für alle bis zum Ende der Schulzeit, die Absenkung der Krankenversicherungsbeiträge und die teilweise Anhebung des Regelsatzes für Kinder. Um aber auch gesamtwirtschaftliche Impulse geben zu können, bedarf es eines sehr massiven und langfristigen Konjunkturprogramms, das weit über die bisher beschlossenen Pakete I und II hinausgeht. Es sollte mindestens 100 Mrd. Euro pro Jahr umfassen und folgende Maßnahmen enthalten:

- Erneuerung der öffentlichen Infrastruktur
- Energiesparprogramme
- Ausbau des ÖPNV
- Ausgaben für Bildung, Forschung und Kultur
- die Ausweitung des öffentlichen Beschäftigungssektors
- die Anhebung der ALG II-Sätze.

Der Unterbezirk Frankfurt schlägt darüber hinaus noch folgende Maßnahmen vor:

- Verlängerung des Kurzarbeitergelds über 18 Monate hinaus
- Keine Anrechnung von Kindergeld auf die ALG II-Sätze
- Eigener, von den Eltern unabhängiger, bedarfsgerechter ALG II-Satz für Kinder
- Einbeziehung der ALG II-Empfänger in alle konjunkturpolitischen Maßnahmen
- Beendigung der Bahn-Privatisierungspläne
- Prüfung der Rekommunalisierung öffentlicher Aufgaben
- Eine umfassende, kollektive Arbeitszeitverkürzung
- Rücknahme der Rente mit 67 zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

Der Unterbezirk Frankfurt warnt außerdem davor, die Unternehmen durch weitere Steuersenkungen und die Kürzung der Sozialabgaben zu entlasten. Dies würde die Handlungsfähigkeit

des Staates bei der Krisenbekämpfung einschränken, ohne einen konjunkturpolitischen Effekt zu erzielen.

## **6. Internationale Finanz- und Konjunkturpolitik**

Die Bundesregierung wird außerdem aufgefordert, eine europaweit abgestimmte Konjunkturpolitik voran zu treiben, die in allen europäischen Staaten Konjunktur- und Wachstumsprogramme von jährlich rd. 4% ihres BIP vorsieht, um alle europäischen Volkswirtschaften zu stabilisieren.

Der Unterbezirk Frankfurt fordert die Bundesregierung auf, ihre Politik des propagierten Lohnverzichts aufzugeben und sich auch europaweit für eine expansive Lohnpolitik einzusetzen. Eine Stärkung der europäischen Gewerkschaften ist hierfür unverzichtbar. Ziel muss es sein, die Schere zwischen der Steigerung der Arbeitseinkommen und die der Kapitaleinkommen dauerhaft zu schließen.

Auf europäischer Ebene muss das Primat der Wettbewerbspolitik vor der Tarif- und Arbeitsmarktpolitik endlich aufgehoben werden. Die SPD Frankfurt fordert daher die Bundesregierung auf, aktiv auf eine Überarbeitung des Lissabon-Vertrags hinzuwirken mit dem Ziel, die Lehren, die aus der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ziehen sind, dort zu verankern, sowie die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer europaweit zu stärken.

Der SPD-Unterbezirk Frankfurt unterstützt die Bemühungen von Finanzminister Peer Steinbrück, Steuerflucht zu bekämpfen. Er fordert darüber hinaus, die konsequente Austrocknung von Steueroasen voran zu treiben und hierfür eine europäische Lösung anzustreben.

Der Unterbezirk Frankfurt fordert die Bundesregierung auf, sich für eine Neuausrichtung des Internationalen Währungsfonds (IWF) einzusetzen, die sich im Wesentlichen an folgenden Grundsätzen orientiert:

- Neuausrichtung der Kreditvergabe durch Konzentration auf wenige Kriterien wie Zins- und Rückzahlungsmodalitäten und die Einhaltung von Menschen- und Bürgerrechten
- Kein Hineinregieren in die wirtschafts- und haushaltspolitischen Entscheidungen der Mitgliedsstaaten.
- Neuverteilung der Stimmrechte mit dem Ziel der Stärkung von Entwicklungs- und Schwellenländern. Die direkte Einflussnahme eines einzelnen Staates wie z.B. der USA auf Entscheidungen des IWF muss der Vergangenheit angehören.
- Wenn die o.g. Ziele erreicht sind: Ausbau der Koordinierungs- und Steuerungsfunktion für die Weltwirtschaft, u. a. durch Übernahme von Befugnissen als weltweite Finanzaufsichtsbehörde.

## **7. Aufbruch in eine soziale Wirtschaftspolitik**

Um für die Zukunft nachhaltig zu wirken, müssen alle genannten Grundsätze und Maßnahmen auf Dauer angelegt sein und eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik einleiten. Das neoliberale Marktmodell hat versagt – wir brauchen einen Neuanfang im Umgang mit unse-

rem Wirtschaftssystem, der die Menschen in den Mittelpunkt stellt. Unternehmen sind keine abstrakten Gebilde und die Marktwirtschaft ist kein absolutes System. Beide werden von Menschen gemacht und können nur funktionieren, wenn Menschen darin ihren Platz finden.

Die Politik hat dafür zu sorgen, dass die Marktwirtschaft wieder sozial und die Unternehmen wieder demokratischer werden. Der Markt kann nicht alles regeln. Er hat sich als untauglich erwiesen für die Bereitstellung stabiler Verhältnisse auf den Finanzmärkten und bei der Bewältigung der Zukunftsaufgaben dieser Gesellschaft. Es ist Aufgabe der Politik, dem Kapitalismus Grenzen zu setzen und das Marktversagen durch staatliche Eingriffe zu korrigieren.

Der Unterbezirk Frankfurt fordert alle Gliederungen der SPD auf, sich diesen Fragen zu stellen und Konzepte für eine alternative Wirtschaftspolitik zu entwickeln. Eine solche Krise, deren Ende noch nicht abzusehen ist, kann in Zukunft nur verhindert werden, wenn wir nicht an dem alten, marktliberalen Denken festhalten, sondern einen echten Aufbruch starten. Denn wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit – auch in der Wirtschaft.

### **Begründung:**

#### **1. Keine Sozialisierung der Verluste, sondern Anwendung des Verursacherprinzips**

##### **Beteiligung der Großaktionäre an den Verlusten**

Die Finanzkrise wurde nicht nur ausgelöst durch einzelne Manager, die mit hoch riskanten Finanzgeschäften ihre Provisionen aufbessern wollten. Ursache waren auch die über Jahre hinweg umgesetzten, überzogenen Renditeforderungen der Großaktionäre und Finanzinvestoren, welche durch die Unternehmen selbst nicht erwirtschaftet werden konnten. Wer permanent Renditeforderungen von 25% und mehr erfüllen muss, kann dies leichter mit riskanten Finanzgeschäften erreichen, als in die Substanz des Unternehmens zu investieren. Die Minimierung der Verluste aus solchen Wertpapieren muss also zum überwiegenden Teil von den Verursachern, d.h. von den Großaktionären getragen werden.<sup>1</sup>

##### **Keine Bad Banks ohne mehrheitliche Beteiligung der Großaktionäre**

Die Anwendung des Verursacherprinzips bedeutet, dass – wie von Peer Steinbrück angekündigt – keine zentralen „Bad Banks“ aufgebaut werden dürfen, die aus Steuermitteln finanziert werden. Aber auch die in der Diskussion befindlichen, firmenbezogenen Bad Banks dürfen nur dann eingerichtet werden, wenn sie zum überwiegenden Teil von den Großaktionären getragen werden. Grundsätzlich muss gelten, dass diejenigen, die in den letzten 15 Jahren von den riskanten Finanzgeschäften profitiert haben, nun auch das Risiko tragen müssen, für das sie ihre Rendite erhalten haben. Denn es kann nicht sein, dass der Staat für alle entstandenen betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Schäden allein aufkommt.

---

<sup>1</sup> Darunter sind Aktionäre zu verstehen, die allein einen Stimmrechtsanteil von mehr als 5% besitzen, also vor allem Konzerngesellschaften, Finanzinvestoren und Hedge-Fonds. Ausgenommen sind daher alle Privatpersonen und Kleinaktionäre, die einige wenige Aktien zur Aufbesserung ihrer Altersvorsorge gehalten haben.

## **Keine staatliche Beteiligung ohne Stimmrecht**

Der Unterbezirk Frankfurt lehnt eine befristete Enteignung von maroden Banken ab, die ausschließlich auf das Ziel ausgerichtet ist, eine Verlustübernahme resp. Sanierung durch den Staat zu erreichen und das gesunde Unternehmen anschließend wieder in die Privatisierung zu entlassen. Sofern eine Verstaatlichung in Erwägung gezogen wird, muss sie auf jeden Fall so lange dauern, bis aus den zurückfließenden Gewinnen die Kosten der Sanierung amortisiert worden sind.

Außerdem lehnt der Unterbezirk den Erwerb von stillen Beteiligungen durch den Steuerzahler ab. Sofern einem Unternehmen durch den Kauf von Anteilen oder Aktien geholfen werden soll, müssen diese mit dem vollen Stimmrecht ausgestattet sein, damit der entsprechende Einfluss der öffentlichen Hand auf die Unternehmenspolitik gewährleistet ist. Nur so kann in Zukunft eine Wiederholung der gemachten Fehler frühzeitig erkannt und vermieden werden.

## **Umgestaltung der Vergütungssysteme**

Wer Unternehmenswerte und Arbeitsplätze vernichtet hat, um eine immer höhere Rendite zu erwirtschaften, muss zur Verantwortung gezogen werden. Dabei ist auch zu prüfen, inwieweit strafrechtliche Konsequenzen und Haftung auch mit dem persönlichen Privatvermögen möglich sind. Wo auf kurzfristige Gewinne statt auf nachhaltige Entwicklung des Unternehmens gesetzt wurde, müssen Fehlentscheidungen revidiert, Vergütungssysteme der Unternehmensleitung überprüft und eine weit reichende Beteiligung der Mitarbeiter an Entscheidungen der Unternehmensleitung sichergestellt werden. Für die Zukunft sind daher die Vergütungssysteme so umzugestalten, dass sie sich an der langfristigen Unternehmensentwicklung orientieren. Die steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern ist zu begrenzen.

## **2. Re-Regulierung der Finanzmärkte und sinnvolle Kapitalverkehrskontrollen**

Finanzmärkte sind unverzichtbarer Bestandteil der Wirtschaftsform, in der wir leben. Sie haben als originäre Aufgabe, der Wirtschaft Finanzierungsmittel zur Verfügung zu stellen. Diese Aufgabe haben sie in den letzten 20 Jahren nur noch zum Teil wahrgenommen, da ein wachsender Anteil der Unternehmensgewinne in (hoch riskante) Finanzgeschäfte investiert und damit der Produktion entzogen wurde. Überzogene Gewinnerwartungen, Ausrichtung der Unternehmensstrategie an den Return on Investments und Umschichtung der Mittel aus der Produktion in die Finanzmärkte führte letztendlich zum Auszehren der Substanz von Unternehmen und damit zur Gefährdung von Arbeitsplätzen. Diese Form des Finanzkapitalismus ist zutiefst unverantwortlich, unsozial und schädigt die gesellschaftliche Entwicklung. Wir wollen eine Rückankopplung der Finanzmärkte an die Güter- und Produktionsmärkte, damit wieder in Substanzaufbau und Arbeitsplätze investiert wird.

## **Reform der Reform der Gewinnbesteuerung**

Der Unterbezirk Frankfurt fordert daher, die „Reform“ der Gewinnbesteuerung der 90er Jahre wieder rückgängig zu machen: Ausgeschüttete Gewinne, die auf überzogenen Gewinnerwartungen beruhen und in Finanzgeschäfte investiert werden, müssen wieder deutlich höher besteuert werden, als einbehaltene Gewinne, welche in die Substanz des Unternehmens investiert werden.

Durch die steuerliche Freistellung von Gewinnen aus Unternehmensverkäufen wurden zwar verkrustete Konzernstrukturen aufgebrochen, aber auch der Zerschlagung von gewachsenen und erfolgreichen Unternehmen Tür und Tor geöffnet. Dieser Ausverkauf, der jedes Jahr tausende Arbeitsplätze kostet, muss gestoppt und eine Besteuerung der Veräußerungsgewinne wieder eingeführt werden.

### **Regulierung von Hedge-Fonds und Stärkung der internationalen Bankenaufsicht**

Hedge-Fonds verfügen über große Mengen an Kapital, das sie auf den Finanzmärkten anlegen. Damit verfügen sie auch über enorme Macht. Diese missbrauchen sie teilweise dazu, um Gewinne aus der Zerschlagung und Abwicklung von – wirtschaftlich erfolgreichen - Unternehmen zu ziehen. Dies ist ruinös für die Wirtschaft und schädlich für unsere Gesellschaft. Dieser Machtmissbrauch muss eingedämmt und gebrochen werden. Hier muss der Staat – auch auf internationaler Ebene - mit der vollen Härte des Gesetzes eingreifen.

Die internationalen, globalisierten Finanzmärkte benötigen eine international legitimierte Aufsicht und international vereinbarte Regeln. Der Unterbezirk Frankfurt fordert die Bundesregierung auf, diese gemeinsam mit anderen Staaten und internationalen Organisationen zu erarbeiten und durchzusetzen. Durch sinnvolle Kapitalverkehrskontrollen müssen die Finanzmärkte stabilisiert werden. Darüber hinaus müssen alle Länder in die Lage versetzt werden, geeignete Maßnahmen gegen den Kapitalabzug durch Hedge-Fonds zu treffen.

### **Verbot von Leerverkäufen und hochriskanten Wettprodukten**

Der Unterbezirk Frankfurt fordert außerdem, den Handel von risikobehafteten Finanzprodukten zu überprüfen mit dem Ziel, Leerverkäufe und hochriskante Wettprodukte zu verbieten. Der Handel mit Papieren, deren Risiko für den Käufer nicht mehr transparent ist, hat weltweit zu enormen volkswirtschaftlichen Schäden geführt, deren Ausmaß noch lange nicht bekannt ist. Die Vorteile, die einzelnen Banken durch einen solchen Handel entstehen (z.B. Minimierung des eigenen Kreditrisikos), können diesen gesellschaftlichen Schaden in keiner Weise ausgleichen. Finanzpraktiken, die nicht kontrollierbar und deren Folgen nicht abschätzbar sind, müssen verboten werden.

### **3. Keine Finanzierung der Rettungsschirme auf Kosten der Steuerzahler**

Die Folgen der Finanzkrise und ihrer Auswirkungen auf die Realwirtschaft sind bis zum heutigen Tag nicht geklärt. Zu erwarten ist, dass sie weit größer ausfallen, als dies momentan von Finanzexperten öffentlich dargestellt wird, denn diese haben ein Interesse daran, die Bevölkerung ruhig zu halten und Panik zu vermeiden. Für den Staat als einer der Hauptakteure bei der Bekämpfung der Krise muss das Ausmaß des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schadens erkennbar sein, um geeignete Maßnahmen ergreifen zu können.

### **Gesamtgesellschaftliche Risikoanalyse**

Daher ist es notwendig, schnellst möglich eine gesamtgesellschaftliche Risikoanalyse vorzunehmen, die nicht nur die zu erwartenden Steuerausfälle und die Folgen für den Finanzsektor beinhaltet, sondern den gesamten Wirtschaftskreislauf untersucht und auch die Folgen für die Sozialversicherungssysteme mit einbezieht. Einer solchen Risikoanalyse sind ausgehend von



der heutigen Situation verschiedene Entwicklungsszenarien zugrunde zu legen und deren Auswirkungen auf die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung abzuleiten.

### **Keine generelle Begrenzung der Verschuldung**

Der Unterbezirk hält es grundsätzlich für richtig, dass kommenden Generationen nicht unverhältnismäßig hohe Schuldenlasten aufgebürdet werden. Die allgemeine und flächendeckende Haushaltskonsolidierung der letzten 15 Jahre hat sich aber auch dämpfend auf die Konjunktur ausgewirkt und zum vorzeitigen Ende des sog. Aufschwungs beigetragen. Um die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Finanzkrise in Grenzen zu halten, wird eine Menge öffentliches Geld nötig sein, das nicht mehr an anderer Stelle erwirtschaftet werden kann. Die SPD Frankfurt spricht sich daher entschieden gegen eine generelle Begrenzung der Verschuldung und gegen die Festlegung einer solchen Grenze im Grundgesetz und in den Landesverfassungen aus.

### **Mittelfristige Verbesserung der Einnahmen**

Der Unterbezirk Frankfurt bedauert, dass in wirtschaftlich guten Zeiten die Chance vertan wurde, die auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erzielten Spitzengewinne adäquat zu besteuern und so einen Teil der Wertschöpfung an die Allgemeinheit zurück zu geben. Zur Finanzierung der notwendigen Staatsausgaben in Zeiten der Krise, vor allem auch zur Finanzierung der Krisenbekämpfung, sind nun dauerhafte Einnahmeverbesserungen auf Seiten des Staates notwendig, die von breiten Schultern getragen werden müssen. Dazu sind die bisher vernachlässigten Maßnahmen heran zu ziehen wie die

- Rückkehr zu den früheren Spitzensteuersätzen von mindestens 48,5% bei der Einkommenssteuer (betr. weniger als 6% der Einkommen).
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer von 2% ab 500.000,- Euro (unter Freistellung von selbst genutztem Wohneigentum).
- Novellierung der Erbschaftssteuer mit dem Ziel einer Anhebung des Steueraufkommens.
- Einführung einer Transaktionssteuer auf alle Finanztransaktionen von Wertpapieren und Devisen mit einem Steuersatz von 0,01% pro Transaktion.
- Alternativ ist auch die von Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück vorgeschlagene Börsenumsatzsteuer denkbar.
- Erhöhung der Abgeltungssteuer für Kapitaleinkünfte 35% (analog dem Steuersatz in der Schweiz)
- intensivere Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und der Steuerhinterziehung
- Bekämpfung der Steuerflucht und stärkere internationale Zusammenarbeit bei der Eindämmung von Steueroasen.

Alle diese genannten Maßnahmen dienen nicht nur dazu, die Staatseinnahmen zu erhöhen, sondern auch die Finanzmärkte zu stabilisieren, indem sie ihnen Kapital entziehen, das statt dessen in öffentliche Infrastruktur investiert wird. Denn nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.

#### **4. Rettungsschirm für Arbeitsplätze und Stärkung der Arbeitnehmerrechte**

Die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft sind vielfältig:

- Auch Industrie- und Dienstleistungsunternehmen erleiden Verluste aufgrund ihrer risikanten Finanzgeschäfte der letzten Jahre. Dies gilt in verstärktem Maße vor allem auch für die Versicherungswirtschaft.
- Die Kreditzurückhaltung der Banken sorgt dafür, dass Betriebe ihre geplanten Investitionen verschieben oder gar nicht tätigen (können). Dies bekommt die Bauwirtschaft, das Handwerk, die Logistik und viele Zulieferbetriebe zu spüren, denen die Aufträge weg brechen.
- Die weltweite Rezession sorgt zudem für Einbrüche im Export, dem bisher einzigen Motor unseres Wachstums. Die Automobilindustrie und andere exportorientierte Branchen bekommen das zu spüren, mit denselben Auswirkungen auf die Zulieferbetriebe.
- Die daraus zu erwartenden Einbrüche bei der Gewerbesteuer werden in den kommenden Jahren die Kommunalen Haushalte belasten und für Zurückhaltung bei den öffentlichen Investitionen sorgen.

Einzig der private Konsum stützt derzeit noch die wirtschaftliche Entwicklung – wie lange das anhalten wird, ist angesichts der oben beschriebenen Auswirkungen jedoch fraglich. Probleme haben derzeit bereits die Touristik und die Fluggesellschaften, nicht jedoch der Einzelhandel mit Gütern des täglichen Bedarfs.

#### **Kleinkredite für Zulieferbetriebe**

Bedroht sind vor allem die Arbeitsplätze in den o.g. Branchen und in den von ihnen abhängigen Zuliefer- und Dienstleistungsunternehmen. Die meisten Arbeitsplätze davon sind immer noch in kleinen Unternehmen zu finden, die es schwer haben, an die Fördermaßnahmen aus den Rettungspaketen heran zu kommen.

Der Unterbezirk Frankfurt begrüßt das in dem Konjunkturpaket II enthaltene Bürgschafts- und Kreditprogramm für kleine und mittlere Unternehmen (bis 500 Beschäftigte). Es fordert die Bundesregierung auf, dieses Programm noch auszuweiten und es vor allem für Klein- und Kleinstunternehmen, die unverschuldet in die Krise geraten sind, verfügbar zu machen. Wichtig ist dabei, die bürokratischen Hürden für Kleinunternehmen abzubauen, um eine schnelle Hilfe zu ermöglichen. Dabei geht es vor allem darum, Insolvenzen von gesunden Unternehmen zu verhindern, die durch kurzfristige Auftragseinbrüche entstehen können. Denn es kann nicht sein, dass mit dem Rettungsschirm letztendlich nur großen und mittelgroßen Unternehmen geholfen wird, die sich an ihrer letzten Übernahme verschluckt haben.

#### **Kein Geld ohne Sozialleistungen**

Für alle staatlichen Finanzhilfen muss gelten, dass sie nicht bedingungslos vergeben werden. Der Staat muss seinen Einfluss in dieser Situation nutzen, um negative Folgen für die Beschäftigten zu vermeiden und fehlende Sozialstandards wieder einzuführen. Die Begrenzung der Managergehälter auf 500.000 Euro ist hierfür nicht geeignet. Der Unterbezirk Frankfurt fordert daher die Bundesregierung auf, die Vergabe von staatlichen Finanzhilfen an folgende Bedingung zu knüpfen:

1. Mitbestimmung: Vorhandensein von gewählten Arbeitnehmervertretungen und einer etablierten Mitbestimmung in den Aufsichtsräten und deren Ausschüssen
2. Verschärfter Kündigungsschutz: Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen; nur in Ausnahmefällen möglich nach Zustimmung der zuständigen DGB-Gewerkschaften
3. Tariftreue: Entlohnung der Beschäftigten nach den Tarifverträgen der zuständigen DGB-Gewerkschaften und Einhaltung der weiteren Tarifbedingungen
4. Rückführung von Zeitarbeitsverhältnissen, Minijobs und befristeter Beschäftigung in reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse.

Alternativ zu Punkt 4. können auch feste Beschäftigungsquoten vereinbart werden, die auf der Anzahl der Arbeitsplätze \* tariflicher Arbeitszeit basieren. Somit kann nicht durch die geringfügig Beschäftigten die Beschäftigtenzahl erhöht werden. Andererseits könnten Maßnahmen zur flexibleren Arbeitsverteilung (z.B. Modell VW 5000 \* 5000) genutzt werden. Ziel muss es sein, die Bindung qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhöhen und eine Reduzierung der Arbeitslosenzahlen zu erreichen.

Zeitarbeitsverhältnisse sind akzeptabel, sofern sie nicht zu Lohn- und Sozialabbau in den Unternehmen missbraucht werden. Sofern Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter dieselben Löhne und Mitbestimmungsrechte erhalten, wie das Stammpersonal, ist gegen ein solches Instrument der Flexibilisierung nichts einzuwenden. In ihrer derzeit verbreiteten Form ist die Zeitarbeit jedoch abzulehnen.

Außerdem sollten wenn möglich Investitionen in zukunftsfähige Technologien verlangt werden. Dieses Mindestmaß an sozialer und unternehmerischer Verantwortung muss gegeben sein um sicherzustellen, dass das Unternehmen auch in Zukunft überlebensfähig sein wird. Denn es kann nicht sein, dass diejenigen, die in den letzten Jahren Sozialabbau betrieben und das eingesparte Geld an der Börse verzockt haben, dafür nachträglich noch belohnt werden.

### **Stärkung der Gewerkschaften und Betriebsräte**

In Krisenzeiten geraten Betriebsräte und Gewerkschaften unter Druck. Zur Abwendung von Entlassungen werden sie genötigt, Lohnverzicht und den Abbau der Arbeitnehmerrechte hinzunehmen. Der Unterbezirk Frankfurt fordert daher alle Gliederungen der SPD und alle SPD-Fraktionen auf, sich öffentlich an die Seite der Gewerkschaften zu stellen und ihre Forderungen zu unterstützen. Die Gewerkschaften sind unsere engsten Partner zur Durchsetzung von Sozialstandards – sie brauchen jetzt unsere Solidarität und Unterstützung. Wenn die SPD wieder die „Partei der kleinen Leute“ werden will, so muss sie jetzt für den Erhalt der Arbeitsplätze und der Arbeitnehmerrechte kämpfen und die Verhandlungsbasis derer stärken, die dies ebenfalls tun.

## **5. Ausweitung der Konjunkturprogramme**

Anlass für die Wirtschaftskrise war sicherlich das Versagen der Finanzmärkte. Das Ausmaß ihrer Auswirkungen auf die Konjunktur wird jedoch auch maßgeblich von der aktuellen Wirtschaftspolitik bestimmt.

- Die Konzentration auf den Export und die Erfordernisse der großen, internationalen Unternehmen bewirkte zwar den Aufschwung in einigen – auch industriellen - Wirt-

schaftszweigen, führte jedoch auch zu einer wachsenden Abhängigkeit von den internationalen Märkten.

- Auch im Bereich der Unternehmensinvestitionen war ein gewisser Aufschwung zu spüren, der aber lediglich durch notwenig gewordene Ersatzinvestitionen ausgelöst wurde und keine Ausweitung der Beschäftigung zur Folge hatte.
- Die Investitionen des öffentlichen Sektors waren durch die Politik der Haushaltskonsolidierung rückläufig und der private Konsum stagniert schon seit vielen Jahren.
- Lohnverzicht und die Ausweitung des Niedriglohnsektors, die Einführung des Euro ohne Preisgrenzen, die Mehrwertsteuererhöhung, die Kürzung der Pendlerpauschale, die Zuzahlungen für medizinische Leistungen, die Rentenbesteuerung und die stark gestiegenen Lebenshaltungskosten haben das verfügbare Einkommen der Privathaushalte deutlich reduziert, was sich in einer schon Jahre andauernden Kaufzurückhaltung äußert.

Die Krise trifft Deutschland also in einer schwierigen Lage: Das Einbrechen der Exportwirtschaft im Verlauf der Krise kann nicht durch eine starke Binnennachfrage wenigstens teilweise ausgeglichen werden, die zu erwartenden Lohneinbußen und ggf. Entlassungen schwächen die Nachfrage der privaten Haushalte weiter. Und auch die vom Einbruch der Gewerbesteuer bedrohten öffentlichen Haushalte können jetzt nicht mehr viel helfen. Beides zusammen kann mittelfristig zu Auftragseinbrüchen auch in anderen Wirtschaftszweigen führen – eine Abwärtsspirale beginnt.

### **Konjunkturgerechte Wachstumspolitik tut Not**

Um dieser Entwicklung entgegen zu wirken, bedarf es eines massiven und langfristigen Konjunkturprogramms, das weit über die bisher beschlossenen Pakete I und II hinausgeht. Sowohl der Sachverständigenrat der Wirtschaftsweisen als auch die Arbeitsgruppe alternative Wirtschaftspolitik kritisieren die bisherigen Maßnahmen als unzureichend, um einen konjunkturellen Impuls auszulösen:

- Die für 2009 vorgesehenen konjunkturrelevanten Ausgaben betragen insgesamt nur 0,9% des BIP
- Die vorgesehenen Ausgaben für öffentliche Investitionen, vor allem in Infrastruktur und Bildung wirken trotz der beschlossenen Erleichterung der Ausschreibungsverfahren durch ihre längeren Planungs- und Vorlaufzeiten nur mit Verzögerung.

Die Bundesregierung hat mit ihren Konjunkturpaketen bereits einen Schritt in die richtige Richtung getan. Um aber gesamtwirtschaftliche Impulse setzen zu können, sollte das Konjunkturprogramm mindestens 100 Mrd. Euro pro Jahr umfassen und sich an anderen Wirtschaftsnationen wie Japan (210 Mrd.), China (460 Mrd.) und USA (bis 200 Mrd.) orientieren. Dabei muss eine Mischung gefunden werden aus langfristig wirkenden Ausgaben für bspw. die

- Erneuerung der öffentlichen Infrastruktur
- Energiesparprogramme
- Ausbau des ÖPNV sowie
- Ausgaben für Bildung, Forschung und Kultur

und kurzfristig wirkenden Maßnahmen, die eine direkte Konsumsteigerung zur Folge haben können, wie z.B.

- die Ausweitung des öffentlichen Beschäftigungssektors
- die Anhebung der ALG II-Sätze.

Der Unterbezirk Frankfurt schließt sich dieser Forderung an und schlägt darüber hinaus folgende Maßnahmen vor:

- Verlängerung des Kurzarbeitergelds über 18 Monate hinaus
- Keine Anrechnung von Kindergeld auf die ALG II-Sätze
- Eigener, von den Eltern unabhängiger, bedarfsgerechter ALG II-Satz für Kinder
- Einbeziehung der ALG II-Empfänger in alle konjunkturpolitischen Maßnahmen
- Beendigung der Bahn-Privatisierungspläne
- Prüfung der Rekommunalisierung öffentlicher Aufgaben
- Eine umfassende, kollektive Arbeitszeitverkürzung
- Rücknahme der Rente mit 67 um Arbeitsplätze zu schaffen.

Dem liegt zugrunde, dass jeder zusätzliche Euro bei den unteren Einkommen direkt in den Konsum fließt, während die oberen Einkommen einen Teil ihres Einkommens auf den Finanzmärkten verspielen.

### **Keine weiteren Steuersenkungen für Unternehmen und Kürzung der Sozialabgaben**

Der Unterbezirk Frankfurt warnt außerdem davor, die Unternehmen durch weitere Steuersenkungen und die Kürzung der Sozialabgaben entlasten zu wollen. Im OECD-Vergleich liegt Deutschland mit seinem Anteil aller Steuern und Sozialabgaben am BIP auf Platz 16 im hinteren Mittelfeld. Eine weitere Senkung würde die Handlungsfähigkeit des Staates bei der Krisenbekämpfung einschränken, ohne einen konjunkturpolitischen Effekt zu haben. Dieser Forderung liegt außerdem die inzwischen mehrfach bewiesene Tatsache zugrunde, dass die Selbstfinanzierungseffekte von staatlichen Investitions- und Ausgabenprogramme wesentlich höher liegen, als diejenigen, die durch Steuersenkungen und eine Reduktion der Sozialabgaben erreicht werden können.

## **6. Internationale Finanz- und Konjunkturpolitik**

### **Europaweite Abstimmung der Konjunkturprogramme**

Da die USA als Wachstumsmotor auf längere Zeit ausfällt, kann der Export in Deutschland nur durch eine Belebung der europäischen Binnenkonjunktur zum Teil wieder aufgestellt werden. Dies bedeutet, dass alle europäischen Staaten Konjunktur- und Wachstumsprogramme von rd. 4% ihres BIP pro Jahr auf den Weg bringen müssen, um ihre Volkswirtschaften zu stabilisieren. Eine europaweit abgestimmte Konjunkturpolitik könnte außerdem ein Signal für die Weltwirtschaft sein und die Bedeutung Europas auf internationaler Ebene stärken.

### **Expansive Lohnpolitik**

Auch umfangreiche Konjunkturprogramme sind nur Reparaturmaßnahmen, die im besten Fall die konjunkturelle Abwärtsspirale aufhalten oder sogar umdrehen können. Langfristig muss jedoch auch ein Umdenken erfolgen, das künftige Krisen vermeiden hilft. Eine expansive Lohnpolitik, die einen größeren Anteil des erwirtschafteten Mehrwerts eines Unternehmens

bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern belässt, kann verhindern, dass zuviel Kapital in die Hände der Großaktionäre und Spekulanten gerät. Außerdem stärkt sie die Kaufkraft der Haushalte mit Arbeitseinkommen und damit die Binnenkonjunktur. Höhere Löhne tragen dazu bei, die sozialen Probleme der Gesellschaft zu entschärfen und die sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren.

Eine langfristige Krisenprävention kann daher nur durch angemessene Lohnsteigerungen erfolgen, die den Produktivitätsfortschritt sowie die Inflationsrate berücksichtigen. Deutschland und Europa müssen zu einer Politik zurückkehren, die den Wert ihres Wirtschaftssystems auch daran misst, dass die Entwicklung der Reallöhne nicht hinter der Steigerung der Kapitaleinkommen zurück bleibt.

Die europäischen Gewerkschaften haben hierzu ihren Beitrag zu leisten. Ihre Restrukturierungs- und Kooperationsprozesse dauern zu lange und müssen von der Politik eingefordert werden. Nur international starke Gewerkschaften sind für internationale Unternehmen ein gleichwertiger Verhandlungspartner.

### **Europaweite Stärkung der Arbeitnehmerrechte**

Auf europäischer Ebene muss das Primat der Wettbewerbspolitik vor der Tarif- und Arbeitsmarktpolitik endlich aufgehoben werden. Die SPD Frankfurt fordert daher die Bundesregierung auf, aktiv auf eine Überarbeitung des Lissabon-Vertrags hinzuwirken mit dem Ziel, die Lehren, die aus der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ziehen sind, dort zu verankern sowie Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer europaweit zu stärken.

Der Vertrag von Lissabon wurde gegenüber dem ursprünglichen Europa-Vertrag nur geringfügig geändert. Zwar wurde der Passus „Binnenmarkt mit freiem und unverfälschtem Wettbewerb“ als Ziel der EU gestrichen; zugleich wurde jedoch ein Protokoll über die Sicherstellung eines freien und unverfälschten Wettbewerbs vereinbart, sodass diese Änderung lediglich symbolischen Wert hatte. Angesichts der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise muss auch die EU ihre marktliberale Haltung überdenken und Lehren aus der Vergangenheit ziehen.

### **Konsequente Austrocknung von Steueroasen**

Der SPD-Unterbezirk Frankfurt unterstützt ausdrücklich die Bemühungen von Finanzminister Peer Steinbrück, Steuerflucht zu bekämpfen. Eine europäische Lösung ist anzustreben, doch wo eine Einigung nicht möglich ist, muss es möglich sein, durch bilaterale Vereinbarungen die Kapitalflucht aus Deutschland zu erschweren. Wenn Vereinbarungen zu Ausnahmen vom Steuergeheimnis für amerikanische Steuerbehörden machbar sind, muss dies auch für deutsche Finanzbehörden möglich sein.

### **Neuausrichtung der Politik des IWF**

Die Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) hat in den vergangenen Jahren viele Verwerfungen mit verursacht und beschleunigt. Neoliberale Wirtschaftskonzepte haben für wenige viel Reichtum gebracht, aber in vielen Ländern die Entstehung von Armut beschleunigt. Die ausufernde Liberalisierung hatte für viele Teile der Bevölkerung negative Folgen. An einer institutionellen Neuorganisation seiner Struktur und einer Neuausrich-

tung der Politik des IWF führt kein Weg vorbei. Seine Aufgaben bei der Regulierung und Stabilisierung der Finanzmärkte müssen neu definiert werden.

## **7. Aufbruch in eine soziale Wirtschaftspolitik**

Wir können eine Wiederholung der gemachten Fehler nur für die Zukunft verhindern, wenn wir grundsätzlich umdenken und dem kurzfristigen Erfolgsstreben genauso wie den marktliberalen Ansätzen der Vergangenheit abschwören. Wenn die SPD es nicht schafft, Konzepte für eine neue, sozialere, demokratischere und zukunftssichere Wirtschaftspolitik zu finden, wer soll es sonst schaffen.